

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Harald Güller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Dr. Sepp Dürr

Abg. Thomas Kreuzer

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Christine Kamm

Abg. Karsten Klein

Abg. Dr. Gabriele Pauli

Abg. Inge Aures

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Antrag der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Harald Güller, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD),

Bernhard Pohl, Hubert Aiwanger u. a. und Fraktion (FW),

**Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

zur Prüfung etwaigen Fehlverhaltens und möglicher Versäumnisse von

Ministerpräsident Horst Seehofer, Staatsminister Georg Fahrenschon,

Staatsminister Joachim Herrmann, Staatsministerin Emilia Müller, Staatsminister

Martin Zeil, Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident a. D. Dr.

Günther Beckstein, Staatsminister a. D. Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, Staatsminister

a. D. Erwin Huber, Staatssekretär a. D. Georg Schmid, Staatssekretär a. D. Jürgen

W. Heike in Zusammenhang mit dem Erwerb und dem Verkauf der Hypo Group

Alpe Adria (HGAA) durch die Bayerische Landesbank Bayern (BayernLB) (Drs.

16/3168)

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos)

zum Antrag betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Drs.

16/3168) (Drs. 16/3248)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos)

zum Antrag betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Drs.

16/3168) (Drs. 16/3719)

und

Festlegung

von Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz des Untersuchungsausschusses (s. a. Anlage 1)

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierfür eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Die fraktionslose Abgeordnete Dr. Pauli erhält, abweichend von den Festlegungen des Ältestenrats, eine längere Redezeit von 7,5 Minuten. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Kollegen Güller das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Schon heute ist dem Freistaat Bayern und damit allen seinen Bürgerinnen und Bürgern allein durch den Kauf der maroden Hypo Group Alpe Adria ein Schaden von 3.750 Millionen Euro entstanden. Dieser Schaden ist durch falsche Entscheidungen sowohl im Vorstand als auch im Verwaltungsrat der BayernLB entstanden. Erschwerend kommt hinzu, dass dies nicht der erste Fall ist: ABS-Papiere in Amerika, Betrug in Südostasien, die marode Rijeka-Bank und das gescheiterte Bawag-Engagement. Eine ganze Reihe von Untersuchungsausschüssen musste sich bereits mit dieser BayernLB und den politisch Verantwortlichen auseinandersetzen.

Neben diesen 3,75 Milliarden Euro stehen noch 10 Milliarden Euro im Feuer, die in unserem Haushalt zur Unterstützung der BayernLB gegeben wurden.

(Zuruf von der CSU: Falsch!)

Zu beachten ist: Das ist nicht irgendeine Bank. Es ist vielmehr eine Bank mit einem öffentlich-rechtlichen Auftrag, nämlich den Mittelstand zu fördern und zu unterstützen. Außerdem hatte sie den Auftrag, dem Sparkassenwesen Finanzen zur Verfügung zu stellen. Unter einer Mittelstandsförderung verstehe ich nicht Spekulationen mit ABS-Papieren. Schon gar nicht verstehe ich unter Mittelstandsförderung, die Wahlchancen von FPÖ, BZÖ und ÖVP in Kärnten und Österreich zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Im Verwaltungsrat dieser Bank tummeln sich die Größen der CSU-Staatsregierung und des Sparkassenwesens, ebenfalls Größen der CSU. Ob es ein Dr. Beckstein, ein Herr Huber, ein Herr Schmid, ein Herr Prof. Dr. Faltlhauser, ein Dr. Naser, der zeitweise immer wieder einmal Mitglied bei Ihnen ist, oder der Städtetagspräsident Schaidinger ist: Sie alle tragen in dieser Bank Verantwortung und sind damit zum wiederholten Male Gegenstand eines Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, was hätten wir uns für das Geld, das dort verbrannt wurde, für die Bürgerinnen und Bürger alles leisten können: mehr Lehrer, echte Mittelstandsförderung, ein Studium ohne Studiengebühren, Ganztagsbetreuung mit freiem Mittagessen, Professoren und gut ausgestattete Bibliotheken. Im Frühjahr hätten wir die Möglichkeit gehabt, die Löcher in den Staatsstraßen zu stopfen oder die Staatsstraßen ganz neu auszubauen. Herr Rinderspacher hat ausgerechnet, dass wir mit diesem Geld 20.000 km Staatsstraßen sanieren könnten, obwohl wir in Bayern nur 13.000 km Staatsstraßen haben.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, allein deshalb ist es Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses, dies alles rückhaltlos aufzuklären. Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses ist es, dieses Desaster mit Mitteln zu beleuchten, die dieser Landtag in seiner täglichen Arbeit sonst nicht hat. Diese Mittel sind Zeugenvorladungen, strafbewehrte Befragungen und die Zuziehung von Akten und Material, zum Beispiel aus Staatskanzlei, Finanzministerium und Innenministerium, aber auch aus den laufenden Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft in München.

Dass eine weitere Aufklärung notwendig ist, zeigen die letzten Monate. Was ist denn trotz der vielen Details, die schon bekannt sind, bisher passiert? Es gab zwei kleine Entschuldigungen von Herrn Prof. Dr. Faltlhauser und Herrn Dr. Beckstein nach dem Motto: Jetzt muss es aber gut sein. Es gab ein trotziges "Ich habe aber alles richtig

gemacht!" von Herrn Huber, Herrn Schaidinger, Herrn Dr. Naser, Herrn Christmann und dem LB-Vorstand Herrn Dr. Schmidt. Außerdem gibt es noch ein trotziges und geradezu kindisches Schweigen nach dem Motto "Ich sage nichts mehr!" von Herrn Georg Schmid. Es wäre nett, wenn Sie mich anschauen würden. Ich habe etwas gesagt, Herr Kollege.

(Georg Schmid (CSU): Ich höre mit den Ohren und nicht mit den Augen!)

Passiert ist jedenfalls nichts. Einige der Kollegen kleben sogar noch an ihren Sesseln, zum Beispiel Herr Huber als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und Herr Georg Schmid als Fraktionsvorsitzender der CSU. Ich nenne außerdem den üppig mit Geld und Personal ausgestatteten ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber, der für uns den Chef-Entbürokratisierer für Brüssel, aber nicht in Brüssel gibt.

(Beifall bei der SPD)

Der Untersuchungsausschuss hat neben der Aufklärung der Vorgänge beim Kauf 2006/2007 auch die Aufgabe, den Umgang der heute noch regierenden CSU-FDP-Koalition mit Herrn Seehofer und Herrn Fahrenschon an der Spitze mit der Krise zu durchleuchten. Ich höre in diesem Raume schon wieder das Wort "Vorverurteilung". Das ist doch keine Vorverurteilung. Wir sind doch heute nicht in der Stunde Null. Wir wissen schon sehr viel darüber, was damals in den Jahren 2007, 2008 und 2009 passiert ist. Es geht darum, in einem Untersuchungsausschuss des Landtags festzustellen, welche politische Verantwortung aus diesem Desaster entstanden ist und Fingerzeige auf die strafrechtliche und die zivilrechtliche Verantwortung zu geben.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Jeder, der schon heute genauer hinsieht, weiß: Der Kauf der Hypo Alpe Adria durch die Landesbank verlief nach dem Schema Tricksen, Tarnen und Täuschen. Am Ende wurde dann unter aktiver Beteiligung von Mitgliedern der CSU-Staatsregierung die Katze im Sack gekauft. Bei der Beschaffung und Verwertung von Informationen zum Kauf wurden viele Beteiligte ihrer Verantwortung offensichtlich nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Das Ergebnis ist bekannt, nämlich die größte Finanzaffäre in Bayern in der Nachkriegszeit. Bei vielen Beteiligten stellt sich die Frage: Haben sie nur ohne Sachkenntnis entschieden, haben sie verantwortungslos entschieden oder/und war bei der Entscheidung auch noch kriminelle Energie im Spiel? Ich nenne drei Beispiele: Wer sich den Kaufvertrag über die Hypo Group Alpe Adria ansieht, weiß: Kein vernünftiger Bürger Bayerns hätte dem damaligen Kärntner Landeshauptmann Haider auch nur einen Gebrauchtwagen oder ein Motorboot auf dem Wörthersee mit einem solch mistigen Vertrag abgekauft.

(Beifall bei der SPD)

Offensichtlich ist dies unter Spezln anders gelaufen.

Ein zweites Beispiel: Sehen Sie sich einmal die Berlin-Gruppe an. Dort haben sich Millionäre nochmals mit Staatsgeld die Finger abgeputzt. Ich nenne Ingrid Flick, die Heinz Dürr GmbH und die Stärker-Brüder aus Augsburg, deren Vater ein einst florierendes Unternehmen verkauft hat, weil seine Kinder lieber Finanzspekulant geworden sind. Heute leiden der Betrieb und die Arbeitnehmer darunter. Ich nenne weiter die Piech-Vermögensverwaltung und eine klassische Gesellschaft, die mitfinanziert und sich die Finger abgeputzt hat, nämlich die Cheyne Special Situations Fund in Großbritannien. Wir wollen sehen, welche Millionäre aus Deutschland und Österreich hinter diesem Investor stehen.

Ein weiterer Einflussnehmer war der frühere Ministerpräsident. Er hat angeblich von diesem Kauf nichts gewusst und war daran nicht beteiligt. Im Sommer 2007 fuhr er jedoch nach Kroatien und übte Druck auf die dortige Nationalbank aus, damit diese den Kauf nicht nachträglich zum Platzen bringt. Er hat der Öffentlichkeit zunächst erklärt, er habe keinen Druck ausgeübt. Dann erfolgte eine entlarvende Veröffentlichung eines Interviews im kroatischen Fernsehen durch das ZDF vor einigen Wochen. Danach ging der frühere Ministerpräsident endgültig auf Tauchstation und sagte gar nichts mehr. Kol-

leginnen und Kollegen, da ist es doch klar, dass ein Untersuchungsausschuss dieses Bayerischen Landtags nur zu notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Schadensbegrenzung, sofern sie überhaupt geschehen ist, muss hinterfragt werden. Gibt es doch einen Bericht der Sachverständigen Linner, der zunächst nicht vorgelegt werden sollte und bei dem sich dann herausgestellt hat, dass massiv Einfluss genommen worden ist, weil der Bericht nicht so aussehen sollte, wie er an die Öffentlichkeit gekommen ist.

Sehen wir uns den "Notverkauf" an die Republik Österreich an. Einen Euro eingenommen, 825 Millionen Euro Ergänzungskapital gegeben, den Kaufpreis in den Sand gesetzt! Das nenne ich eine "clevere Aktion", eine Woche später zu sagen, nun werde die Rückabwicklung geprüft, weil man vielleicht getäuscht wurde, um einen Tag später, Herr Fahrenschoen, festzustellen: Entschuldigung, das geht gar nicht. - Ich glaube, auch hier muss der Untersuchungsausschuss nachsehen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die einen sagen, das Geld sei weg, die anderen meinen, das Geld sei nicht ganz weg, das hätten nur andere. Wer heute die Internetadresse www.jugendstartgeld.at anklickt, findet den Antrag für das Jugendstartgeld bis zu 1.000 Euro für 18-Jährige in Kärnten. Das würden wir uns für Bayern auch wünschen. Warum das Geld nicht bei uns ist, sondern in Kärnten, darüber muss der Untersuchungsausschuss auch Aufschluss geben.

(Beifall bei der SPD)

Der Untersuchungsausschuss hat keine leichte Aufgabe zu bewältigen. Wenn aber alle an wirklicher Aufklärung interessiert sind, wird ein erster Prüfstein sein, wie die Zeugenvernehmungen laufen. Ich sage deutlich, dass das nicht so laufen kann, wie das die CSU in den bisherigen Ausschüssen angelegt hatte, als sie noch die Verfahrensmehrheit

hatte, nämlich zunächst möglichst viele andere Zeugen zu vernehmen, damit kein CSU-Großkopferter irgendeiner anderen Aussage widersprechen konnte, sich alles anzuhören und nur das zuzugeben, was unumstößlich von anderen Zeugen schon gesagt wurde. So wird das nicht laufen. Wir werden beantragen, dass die politisch verantwortlichen Verwaltungsräte - Sie, Herr Schmid, Sie Herr Huber und Herr Beckstein die Möglichkeit bekommen, ihre Sicht der Dinge noch vor der Sommerpause dem Untersuchungsausschuss in einer Zeugenaussage zu Gehör zu bringen. Wir können das dann danach durch andere Zeugenaussagen belegen, hinterfragen und die entsprechenden Unterlagen nachsehen. Das ist ordentliche Arbeit, und so werden wir sie anlegen. Das ist der erste Prüfstein.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Ich fasse zusammen: Ich bin überzeugt, der Untersuchungsausschuss muss und er kann auch, wenn alle Mitglieder das wirklich wollen, die politisch Verantwortlichen für das Desaster aufzeigen und bei ihnen die Verantwortung einfordern. Das ist der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger von Bayern, und das haben sie auch verdient - und das sind wir uns als Parlament selbst schuldig.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte nicht um Zustimmung zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses, sondern es ist eine Selbstverständlichkeit, dass dieses Parlament, wenn die Koalitionsmehrheit auch nur noch einen Funken an Verantwortungsbewusstsein hat, diesem Antrag der SPD, der Freien Wähler und der GRÜNEN auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zustimmt, und zwar einstimmig.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich Herrn Kollegen Pohl das Wort erteile, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, Ehrengäste aus Kanada auf der Tribüne zu begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich heiÙe die erste Vizepräsidentin der Nationalversammlung von Québec, Frau Fatima Houda-Pepin, und ihre Delegation im Bayerischen Landtag sehr herzlich willkommen. Unsere Gäste halten sich zu einem einwöchigen Informationsbesuch in Bayern auf. Zwischen den Parlamenten von Québec und Bayern besteht seit 1999 eine intensive, gut funktionierende Partnerschaft. Sehr verehrte Frau Houda-Pepin, ich wünsche Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen einen angenehmen und interessanten Aufenthalt hier in Bayern und eine gute Rückreise nach Kanada.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt haben sie das Wort, Herr Kollege Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der spärliche Besuch der Regierungsmitglieder bei dieser Debatte lässt eigentlich nicht erahnen, um welch wichtigen Themenkomplex es heute geht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, wir reden vom größten Finanzskandal im vermeintlichen Musterland geordneter Finanzen und Haushalte. Diesen Skandal aufzuarbeiten, wird unsere Aufgabe sein.

Das Ziel der Freien Wähler war von Anfang an im Bayerischen Landtag, vom ersten Tag unseres Hierseins, die rückhaltlose Aufklärung dieses Desasters zu erreichen und die Verantwortlichen hierfür zur Rechenschaft zu ziehen. Deswegen haben wir am 20. Oktober 2008, also am ersten Tag unserer Parlamentszugehörigkeit, einen Fragenkatalog vorgelegt und die Beantwortung verlangt. Wir haben die Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB beantragt, die seit über einem Jahr arbeitet. Wir haben allerdings vergeblich verlangt, dass die Sitzungen öffentlich stattfinden.

Wir haben von allem Anfang an intensive Ermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft eingefordert. Wir haben dazu zum Beispiel im Mai 2009 in einem Dringlichkeitsantrag

die bayerische Staatsministerin der Justiz aufgefordert, für die Ermittlungen ausreichend Staatsanwälte zur Verfügung zu stellen. Der Antrag wurde abgelehnt. Im Dezember letzten Jahres hat Kollege Weidenbusch von der CSU medienwirksam gefordert, endlich die ausreichende Zahl von Staatsanwälten hierfür zur Verfügung zu stellen. Die Staatsministerin hat ihn in den Medien brüsk zurückgewiesen. Als wir gemerkt haben, dass es nicht so recht vorangeht, haben wir selbst Strafanzeige erstattet - einmal wegen der Vorratskreditaufnahme und des ABS-Portfolios und zum anderen wegen des Kaufs der Hypo Group Alpe Adria - HGAA -. Siehe da, seit wir diese Strafanzeige erstattet haben, scheint sich auf der Ebene der Staatsanwaltschaft tatsächlich etwas zu tun, tatsächlich etwas zu bewegen.

Wir haben aber auch gesagt, es müsse die persönliche Haftung geprüft und die persönliche Haftung eingefordert werden, wenn Beteiligte wie Vorstand und Verwaltungsrat vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt haben. Deswegen haben wir im Juli letzten Jahres in der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB einen Antrag gestellt, in einem Gutachten klären zu lassen, ob sich die Beteiligten schadensersatzpflichtig gemacht haben. Diesem Antrag wurde stattgegeben. Das Gutachten wird in wenigen Monaten vorliegen.

Als die SPD-Fraktion einen Untersuchungsausschuss zum Komplex HypoGroup Alpe Adria angekündigt hat, haben wir selbstverständlich gesagt: Jawohl, wir sind dabei, weil das genau unserer Intention entspricht: Aufklären, aufklären, aufklären, die Verantwortlichen benennen. Deswegen haben wir diesem Antrag nicht nur zugestimmt, sondern sind dem Antrag beigetreten, den wir selbstverständlich auch unterstützen.

Nun, meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuss ist eine große Chance für das gesamte Parlament. Ich will Ihnen sagen, warum. Wir reden oft von Politikverdrossenheit. Ich glaube, da sind wir der Zeit deutlich hintennach. Es ist keine Politikverdrossenheit mehr, sondern es ist eine Wut auf die Politik und auf die Politiker zu spüren. Warum? - Natürlich ist es bei manchen in Mode gekommen, sich über alles und jedes zu beklagen. Aber das wäre zu kurz gesprungen.

Ich sage Ihnen: Die Glaubwürdigkeit der Politik steht auf dem Spiel. Dieser Untersuchungsausschuss ist entweder eine Chance, Glaubwürdigkeit ein Stück weit zurückzugewinnen, oder er kann dazu führen, noch mehr Glaubwürdigkeit zu verlieren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, es ist ein allgemeines Gefühl in unserer Gesellschaft: Es geht nicht mehr gerecht zu in unserem Land. Der Reflex dieser Gerechtigkeitslücke wird in verschiedenen Reden von verschiedenen Politikern deutlich beim Namen genannt. Gabriel hat sich sehr deutlich zum Thema Steuerhinterziehung geäußert und gesagt, die Steuerhinterzieher seien die Asozialen in diesem Land. Ein Guido Westerwelle hat sich zum Thema Sozialmissbrauch sehr deutlich zu Wort gemeldet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Jagd auf Steuersünder und auf Sozialschmarotzer ist aber unglaublich, wenn wir unseren eigenen Laden nicht in Ordnung bringen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Was sagt denn der Steuersünder? - Er sagt: Ihr verschleudert Milliarden, und wir sollen Steuern zahlen? Wo kommen wir denn da hin? Das sind 3,725 Milliarden Euro. Was sagt der Sozialbetrüger? - Er sagt: Ihr verschleudert Milliarden und regt euch darüber auf, dass wir das Sozialsystem ausnutzen. 3,725 Milliarden! Was sind da schon 358 Euro Hartz-IV-Leistung im Monat? Unternehmer sagen: Ihr verschleudert Milliarden, und wir werden wegen Insolvenzverschleppung verknackt, weil wir vergeblich versucht haben, unser Unternehmen vor dem Untergang zu retten; 3,725 Milliarden Euro!

Meine Damen und Herren, wir müssen aufklären, und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, sonst haben wir keine Legitimation mehr, gegen Steuer- und Sozialbetrüger die Stimme zu erheben.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Welche Verantwortung ist denn bis jetzt eingefordert worden? Die politische Verantwortung etwa? - Kollege Erwin Huber ist Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, Kollege Schmid ist Vorsitzender der CSU-Fraktion. Beide haben diese Verantwortung nicht gesehen und keine Konsequenzen gezogen. Edmund Stoiber ist nach wie vor Ehrenvorsitzender der CSU. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wie viel Ehre er Ihnen einbringt, das müssen allerdings Sie selbst beantworten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir müssen ermitteln, wer das verbochen hat. Da geht es nicht, dass ein Oberbürgermeister von Regensburg sagt: Shit happens, das passiert halt. Meine Damen und Herren, wenn jeder so denkt, dann brauchen wir nicht mehr mit dem Finger auf Griechenland zu zeigen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Widerspruch bei der CSU)

Wir müssen ermitteln, wer verantwortlich ist. Unsere Aufgabe geht noch darüber hinaus. Wir müssen untersuchen: Welches Denken ist verantwortlich? Da habe ich zumindest einen starken Verdacht, und diesen Verdacht, Kollege Kreuzer, werden Sie mir auch nicht mit der Äußerung nehmen, man solle keine Vorverurteilung vornehmen; denn dieser Verdacht richtet sich nicht gegen eine Person, sondern gegen ein System. Ich sage Ihnen: Zum großen Teil verantwortlich war das System Stoiber, das System des Größenwahns der CSU, das System einer Zweidrittelmehrheit der CSU im Bayerischen Landtag, deren Mitglieder gemeint haben, sie seien freischwebend und könnten machen, was sie wollten. Wie hat Kollege Huber im Sommer 2008 gesagt? - Unser Vorbild sind die Wittelsbacher, die Bayern tausend Jahre lang regiert haben; das ist unsere Vision.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der Wähler hat Sie Demut gelehrt. Der Untersuchungsausschuss muss Sie noch weitere Demut lehren; denn es kann nicht sein, dass man hier sitzt und einfach mit den Achseln

zuckt angesichts eines Szenarios, das Bayern an den Rand einer Staatskrise gebracht hat. Stellen Sie sich einmal vor, meine Damen und Herren, die CSU hätte mit absoluter Mehrheit so weiterregiert. Dann summieren Sie einmal die Milliarden und erkennen, dass wir möglicherweise einmal dort angelangt wären, wo andere Länder jetzt stehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich habe oft gehört, wir sollten die Bank nicht schlechtreden, es schade der Bank, wenn wir Aufklärung fordern. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Nur wenn wir vorbehaltlos und schonungslos aufklären, haben wir die Chance, dass sich so etwas nicht wiederholt. Das ist doch kein Einzelfall, das ist doch nicht das erste Mal, auch wenn die finanziellen Dimensionen zum ersten Mal eine solche Größenordnung erreichen. Können Sie sich noch an die Kirch-Kredite erinnern? Können Sie sich noch daran erinnern, wie man einem Leo Kirch Milliarden hinterher geschmissen hat und kurze Zeit später der Insolvenzantrag kam? Wer hat denn diese Entscheidung getroffen? Können Sie sich noch daran erinnern, wie 300 Millionen im Osten verschwunden sind und wie man dann in dem damaligen Justizminister Sauter ein Bauernopfer gesucht und gefunden hat? In Wirklichkeit hätte sich der damalige Ministerpräsident Stoiber hinstellen und sagen müssen: Jawohl, das war mein Fehler. Nein, diese Fehler und diese Versäumnisse sind systembedingt, und dieses Vorurteil, Kollege Kreuzer, werden Sie mir nicht nehmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir werden im Untersuchungsausschuss deutlich machen, dass dieses Vorurteil nicht nur eine dumpfe Ahnung ist, sondern dass es mit Fleisch unterfüttert werden kann.

Es muss ein Zeichen dafür gesetzt werden, dass so etwas nie wieder passiert. Es ist kein Akt der Rache, wenn wir Personen, die hier in diesem Hause sitzen, anzeigen und zur Rechenschaft ziehen. Das ist wirklich kein Akt der Rache. Das hat auch nichts damit zu tun, dass ich vor den Lebensleistungen der Kollegen etwa keinen Respekt hätte; ich habe durchaus Respekt davor. Wer aber Fehler macht, muss für diese Fehler gerade stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der Untersuchungsausschuss muss dazu beitragen, die persönliche Haftung der Beteiligten vorzubereiten und den Schaden, der dem Freistaat Bayern - sprich der Landesbank - entstanden ist, zumindest zum kleinen Teil wiedergutzumachen. Das ist nur ein symbolischer Betrag. Ich gehe nicht davon aus, dass die Beteiligten mit Milliardenvermögen gesegnet sind; das ist schon klar. Wenn aber Menschen, die so etwas verbrochen haben, persönlich haften, dann besteht endlich die Chance, dass die Verantwortlichen in Zukunft wieder sorgfältiger mit unserem Geld umgehen; denn dann ist unser Geld im Zweifel auch ihr Geld, wenn sie Fehler machen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU hat jetzt eine Riesenchance. Georg Schmid hat in einer Analyse der letzten verlorenen Landtagswahl gesagt, die CSU werde als verfilzt wahrgenommen. Dieser Satz, Herr Kollege, richtet sich nun in makabrer Weise gegen Sie selbst.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Möglicherweise kann die CSU dadurch, dass sie Verantwortliche benennt - und dazu könnten auch Sie gehören -, aus dem dunklen Keller herauskommen, als verfilzt wahrgenommen zu werden. Möglicherweise kann die CSU in neuem Glanz erstrahlen, wenn sie den Mut hat, sich von denen zu distanzieren, die uns diesen Schlamassel eingebrockt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Untersuchungsausschuss ist eine Chance, nicht für ein politisches Lager, sondern für die gesamte Politik, für das gesamte Parlament. Ich fordere Sie alle, die im Untersuchungsausschuss sitzen werden, aber auch alle Kolleginnen und Kollegen, die diese Arbeit begleiten, dazu auf: Stimmen Sie einstimmig für diesen Untersuchungsausschuss, unterstützen Sie den Untersuchungsausschuss! Tragen Sie dazu bei, dass Politik in Bayern wieder positiver wahrgenommen wird.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Pohl. Als Nächster hat Kollege Dr. Dürr das Wort, bitte schön.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen heute einen Untersuchungsausschuss ein, und zwar im Einverständnis aller Fraktionen, weil auch die CSU nicht länger die Augen davor verschließen kann, dass ihre Vertreter in der Regierung und im Verwaltungsrat schwere Fehler begangen haben. Deshalb lautet der Auftrag des Untersuchungsausschusses: Wer für Kauf, Geschäftsführung und Kontrolle verantwortlich war, muss nachweisen, dass er pflichtgemäß und sorgfältig gehandelt und alles getan hat, um diese Milliardenverluste zu verhindern. Auch in einem möglichen Haftungsprozess liegt die Beweislast bei den Verantwortlichen, und genauso ist es im Untersuchungsausschuss. Wer Verantwortung trug, kann sich nicht auf andere berufen, er hat die Pflicht zu eigener Information. Verwaltungsräte müssen selbst verantwortlich handeln, das können sie nicht delegieren. Sie müssen beweisen, dass sie nicht pflichtwidrig gehandelt haben, und dazu haben sie die nächsten Monate und Jahre schöne Gelegenheit.

Das betrifft zum einen die Grundsatzentscheidung, die die Staatsregierung und ihre Vertreter im Verwaltungsrat bis heute als strategisch richtig bezeichnen. Aber war es wirklich richtig, nach Kärnten und Osteuropa zu expandieren? War das die Aufgabe einer Bayerischen Landesbank?

Zum anderen geht es um das Kaufobjekt und den Kauf selbst, also die Umstände, unter denen der Kauf abgewickelt wurde. War die HGAA das geeignete Objekt? Wurde beim Kauf sorgfältig geprüft, oder haben Vorstand und Verwaltungsrat nicht vielmehr grob fahrlässig gehandelt? Warum wurde ein höherer Kaufpreis bezahlt, als die Bank ganz offenkundig wert war? Warum wurde ein Knebelvertrag abgeschlossen, der Nachverhandlungen faktisch ausschloss? Wurde wenigstens nach Abschluss des Kaufvertrags bis Oktober sorgfältig geprüft, was man gekauft hatte? Und schließlich: Was wurde da-

nach getan, um die vorhandenen Risiken einzudämmen? Warum wurde der Zustand der Bank so spät erkannt, und warum wurden immer noch Milliarden nachgeschossen? - Das sind jede Menge Fragen, auf die Sie, Kolleginnen und Kollegen aus dem Verwaltungsrat, dringend Antwort geben müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am Ende des Untersuchungsausschusses wird die Frage stehen: Wen müssen wir für dieses Milliardendebakel zur Rechenschaft ziehen? - Die Staatsanwaltschaft ermittelt bereits, ob der ehemalige Vorstandsvorsitzende und andere kriminell gehandelt haben. Außerdem geht es zivilrechtlich um möglichen Schadensersatz, und es geht um politische Konsequenzen. Dabei fällt der Blick als Erstes auf die Staatsregierung. Die Gesamtverantwortung trägt der jeweilige Ministerpräsident. Ein Ministerpräsident, der sich nicht um die Landesbank gekümmert hätte, wäre angesichts der möglichen und tatsächlich eingetretenen Folgen für den Freistaat der groben Pflichtverletzung schuldig. Er muss sich gekümmert haben. Aber in welchem Umfang und in welcher Weise?

Das gilt für die Herren Stoiber und Beckstein genauso wie für Herrn Seehofer. Wir fragen auch nach der persönlichen Verantwortung von Günther Beckstein, Kurt Fallthäuser, Erwin Huber, Georg Schmid, Jürgen Heike, Georg Fahrenschon, Joachim Herrmann, Emilia Müller und Martin Zeil. Denn im Landesbankgesetz heißt es ausdrücklich: "Der Verwaltungsrat beschließt die Richtlinien für die Geschäftspolitik der Bank und überwacht deren Geschäftsführung." - Der Verwaltungsrat muss sich also für die Grundsatzentscheidung verantworten genauso wie für die Kontrolle ihrer Umsetzung. Das heißt nicht, dass nicht auch andere wie der Vorstand, die Sparkassenvertreter oder Berater ihre Pflichten missachtet haben könnten. Im Gegenteil: Das ist nach Lage der Dinge sogar sehr wahrscheinlich. Aber das zu kontrollieren, wäre die Aufgabe der Verwaltungsräte gewesen, und dieser Pflicht sind sie offensichtlich nicht nachgekommen.

Genauso liegt die Verantwortung für die strategische Entscheidung, also dafür, dass die HGAA überhaupt gekauft wurde, nur bei den Verwaltungsräten. Schon der Kauf selbst

war ein schwerer Fehler. Seit dem Prüfbericht der Sonderbeauftragten Corinna Linner, den übrigens nicht der Finanzminister freiwillig veröffentlicht hat, sondern den wir der Öffentlichkeit vorgelegt haben, ist klar, dass Stoiber, Faltlhauser, Beckstein, Huber und Schmid wissen konnten, was sie gekauft haben. Aber statt gründlich zu prüfen, haben sie die Katze im Sack gekauft. Sie haben vermutet, dass im Sack eine Katze ist. Sie haben es nicht gewusst. Sie haben gesehen, in dem Sack rührt sich eigentlich nichts mehr, selbst wenn eine Katze drin ist, richtig lebendig kann die nicht mehr sein, aber sie haben trotzdem den Sack gezielt nicht aufgemacht. Das ist der Vorwurf.

(Hubert Aiwanger (FW): Die hat schon gestunken, die Katze!)

- Gestunken hat es vermutlich auch, Kollege Aiwanger, weil das politische Umfeld seit Jahren skandalumwittert war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU-Führung wusste genau, mit wem sie sich eingelassen hat. Haider war ein guter alter Bekannter, und die Hypo Alpe Adria war als Skandalbank berüchtigt. Die öffentlichen Vorwürfe reichten damals von Korruption über Geldwäsche bis zum Bilanzbetrug und zu unseriöser Geschäftspolitik. Mit Haider selbst bestand schon lange bestes Einvernehmen. Stoiber hatte ihn 1999 der ÖVP sogar als Regierungspartner empfohlen. Stoiber war es auch, der Haider zusätzlich zum Kauf der Bank eine enge Wirtschaftskooperation versprochen hatte, und zwar bei erneuerbaren Energien, Tourismus, Lehrkräften und Forschung. Stoiber hatte den HGAA-Deal auch als strategische Partnerschaft und gutes Signal für den Banken- und Finanzplatz Bayern bejubelt.

"Ich wäre vorsichtig gewesen, wenn es um einen Mann wie Haider geht." - Das hat Theo Waigel gesagt, leider erst hinterher. Es hätte auch sonst allen Grund zu äußerster Vorsicht gegeben; denn unter anderem ermittelten verschiedene Staatsanwaltschaften. Zugleich prüfte die Österreichische Nationalbank. Wenige Tage nach dem Kauf legte sie ihren Prüfbericht vor. Darin stellt die Nationalbank fest, dass die Hypo Alpe Adria jeden Monat 30 bis 40 Millionen Euro an frischem Eigenkapital benötigt. Als sehr schweren

Mangel moniert die Nationalbank die Negierung der Kontrollinstrumente. Sie stellte fest, dass im Jahr 2006 jeder zweite beantragte Kredit bei der Hypo Alpe Adria ohne ausreichendes Risikomanagement bearbeitet worden war - lauter faule Kredite.

Damit hat die Nationalbank schon im April 2007 das Desaster vorgezeichnet, das im Dezember 2009 tatsächlich eingetreten ist. Es ist mir unbegreiflich, wie die Landesbank damals zu einer völlig anderen Bewertung kommen konnte. Trotzdem behaupten Stoiber und die beteiligten Verwaltungsräte wie Faltlhauser, Beckstein, Huber und Schmid bis heute, sie hätten aus damaliger Sicht alles richtig gemacht. Der CSU-Fraktionsvorsitzende - Sie, Herr Kollege Schmid - hat behauptet - ich zitiere -: "Die damals getroffenen Entscheidungen sind unter anderen gesamtwirtschaftlichen und strategischen Bedingungen getroffen worden." Damit ignorieren Sie, was Sie damals wissen konnten und wissen mussten. Sie leugnen damit Ihre persönliche Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist unerhört, wenn Sie, Herr Schmid, wie andere Verwaltungsräte vor Ihnen beteuern, die Verwaltungsräte hätten nach bestem Wissen und Gewissen entschieden; denn so viel können wir schon vor Beginn des Untersuchungsausschusses erkennen: Wissen oder Gewissen der CSU-Führung haben beim Kauf keine Rolle gespielt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, was machen Sie? - Sie stützen diese peinlichen Ausflüchte auch noch. Da kann Ministerpräsident Seehofer noch so oft treuherzig Aufklärung fordern, wenn es zum Schwur kommt, dann wird bei der CSU gemauert. In den vergangenen Wochen und Monaten haben Regierung und CSU immer wieder erklärt, es dürfe keine Vorverurteilungen geben, aber das immer nur dann, wenn es um ihre Vertreter im Verwaltungsrat ging. Bei allen anderen möglichen Verantwortlichen haben Sie nicht so viele Skrupel gezeigt. So hat kürzlich der Vorsitzende der Landesbank-Kommission, Herr Kollege Weidenbusch, erklärt, dass man die beiden verbliebe-

nen Vorstandsmitglieder entlassen müsse. Es hieß: Wer für diesen Kaufvertrag Verantwortung trägt, kann nicht bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, das gilt für alle, aber die Verteidigungslinie der CSU lautet: Schuld waren die anderen. Die Politiker wären demnach nur die Opfer gewesen, sie hätten praktisch keine Chance gehabt, die bösen Machenschaften zu erkennen. Folgerichtig sagt Minister Söder, er halte rechtliche Konsequenzen für Verwaltungsratsmitglieder nicht für vorstellbar. Das ist ganz schön dreist, aber der Gipfel der Unverschämtheit sind die Krokodilstränen, die Sie, Herr Kollege Huber, vergossen haben, weil Sie sich getäuscht und geprellt fühlten. Da kann ich nur sagen: Nicht jeder, der sich übers Ohr hauen lässt, ist auch unschuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erheblicher Schaden ist nicht nur durch den Kauf selbst entstanden, sondern auch dadurch, dass die Verantwortlichen zu wenig getan haben, um den Laden danach in den Griff zu bekommen und die Risiken zu minimieren. Das betrifft auch die Regierung Seehofer, Zeil und Fahrenschoen. Gegen sie erheben wir vier Hauptvorwürfe: Sie haben erstens den Schaden vergrößert, zweitens den Zeitpunkt zur Rückabwicklung verpasst, drittens den Schaden vertuscht und viertens die Versager gedeckt, statt von ihnen Schadenersatz zu fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So sind beispielsweise die Kredite in Höhe von 3 Milliarden an die HGAA, die heute noch dort sind, während der Regierungszeit Seehofers nach Kärnten geflossen. Wurde bei den Eigenkapitalerhöhungen jemals geprüft, ob die Bank ein Fass ohne Boden ist, wie es Sie, Herr Minister, am Ende erklärt haben? Haben Sie das vorher schon einmal geprüft? Hätte man nicht früher die Reißleine ziehen müssen? Warum haben Sie noch kurz

vor dem Ende der Bank hunderte von Millionen nach Kärnten transferiert? Das ist ein katastrophales Risikomanagement.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um dem Fass tatsächlich den Boden auszuschlagen, hat die DKB den Sponsoringvertrag für das Klagenfurter Stadium erst im März 2009 unterzeichnet und das Geld einen Monat später überwiesen. Das ist genau während der Zeit der Regierung von Zeil, Seehofer und Fahrenschon geschehen. Selbst dafür tragen Sie Verantwortung.

Direkt absurd war Ihre Forderung nach Rückabwicklung des Kaufs, Herr Minister Fahrenschon. Einen Tag später haben Sie diese Forderung kleinlaut eindampfen müssen. Was hätten Sie denn Kärnten zurückgeben wollen? Einen Euro? Herr Minister, warum haben Sie das nicht versucht, als Sie die Bank noch hatten? Warum haben Sie es so spät versucht? Schadenersatzansprüche bestehen möglicherweise gegen die Verkäufer, gegen Mitglieder des Vorstands der BayernLB und der HGAA, gegen die Aufsichtsorgane der beiden Banken sowie gegen Mitglieder der Staatsregierung. Wenn Fahrenschon, Zeil und Seehofer es weiter versäumen, solche Ansprüche geltend zu machen, werden sie selber schuldig. Auffällig ist, dass Regierung und Bank bis heute von der Opposition und der Staatsanwaltschaft zur Aufklärung getrieben werden müssen. Sie machen keinen Schritt freiwillig, sondern immer nur mit erheblicher Verzögerung. Sie haben aus den Debakeln der Vergangenheit offensichtlich nichts gelernt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Landtag hat bereits vor zwei Jahren einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, um das ABS-Desaster, welches noch nicht vorbei ist, aufzuarbeiten. Damals wurde deutlich, dass die Ursache für dieses Debakel eine Mischung aus Größenwahn und Fahrlässigkeit war. Arroganz hatte sich mit Ignoranz gepaart. Der HGAA-Kauf ist kein Betriebsunfall oder ein einmaliger Ausrutscher, sondern er ist das Ergebnis einer von Grund auf verfehlten Politik, die von den Millionenverlusten der LWS, den Milliardenkrediten für Kirch, den Milliarden-Verlusten in der Asienkrise über die Milliardenverluste bei den ABS-Ge-

schäften bis hin zur HGAA reicht. Die Landesbank wies eine Bilanz von 400 Milliarden auf, während unser Landeshaushalt nicht einmal ein Zehntel davon betrug. Dieses Verhältnis zeigt, wie größenwahnsinnig diese Politik war. Bei den Verlusten, die die BayernLB uns bayerischen Bürgerinnen und Bürgern und unseren Sparkassen beschert hat, handelt es sich um unvorstellbare Summen. Viele Milliarden sind weg, viele Milliarden sind auf Jahre gebunden. Es ist kaum auszumalen, wie unser Land heute dastehen würde, wenn nur ein Teil dieses Geldes vernünftig investiert worden wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, dass der Landtag die Verantwortlichen für dieses Milliardendebakel zur Rechenschaft zieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat der Kollege Thomas Kreuzer das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Nach jetzigem Informationsstand wurde Anfang des Jahres 2007 im Vorstand der BayernLB erwogen, im Zuge einer strategischen Neuausrichtung der Bank eine Mehrheitsbeteiligung an der Hypo Group Alpe Adria zu erwerben. Nach Prüfung des möglichen Kaufs unter Einschaltung externer Berater wurde am 22. Mai 2007 der Kaufvertrag unterzeichnet. Anfang Oktober 2007 war der Beteiligungskauf mit dem sogenannten Closing abgeschlossen. Mitte des Jahres 2008 zeichnet sich die beginnende sogenannte Finanzkrise ab. Mit der Insolvenz der Lehman Brothers am 15. September 2008, also über ein Jahr nach dem Kauf der HGAA, ist die Finanzkrise letztlich voll ausgebrochen. Zusätzlich zu den Auswirkungen der Finanzkrise zeichnete sich aber bei der HGAA eine erhebliche Zunahme der Risikovor-sorgeaufwendungen ab, die insbesondere in der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres ihren Höhepunkt erreichten. Ein Schlussstrich unter das Kapitel HGAA wird im Dezember 2009 gezogen, als die Anteile der BayernLB für einen symbolischen Euro an

die Republik Österreich verkauft wurden. Soweit knapp zusammengefasst der Sachverhalt.

Zum Gegenstand der Untersuchung. Der Untersuchungsausschuss soll prüfen, ob und inwieweit der Kauf der Mehrheitsbeteiligung an der HGAA durch die BayernLB im Jahr 2007 und die Abgabe derselben an die Republik Österreich für einen Euro am Jahresende 2009 im Hinblick auf daraus resultierende Verluste der BayernLB auf etwaiges Fehlverhalten von Mitgliedern der Staatsregierung zurückzuführen sind bzw. von diesen zu verantworten sind. Die Betonung liegt auf etwaig, da es erst die Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein wird, die Vorgänge um die Hypo Group Alpe Adria aufzuklären. Die Menschen in Bayern haben einen Anspruch auf diese Aufklärung, da es sich um eine staatliche Bank handelt und somit zumindest bisher indirekt Steuergelder gefährdet sind. Es geht auch um die Glaubwürdigkeit der Politik. Es geht darum, diese wieder zurückzugewinnen. Nach solchen Vorgängen ist dies die Aufgabe des Untersuchungsausschusses und des gesamten Parlaments.

Um dies leisten zu können, müssen einige Fragen aufgeklärt werden. Zunächst geht es um die rechtliche Beurteilung. Bei der BayernLB handelt es sich nicht um eine Aktiengesellschaft, sondern um eine öffentlich-rechtliche Konstruktion. Zunächst müssen wir rechtlich genau klären, welche Rechte und Pflichten die Organe dieser öffentlich-rechtlichen Konstruktion zu erfüllen gehabt haben. Was waren ihre Sorgfaltspflichten? Auf was hätten sie zum Beispiel beim Kauf eines Drittinstituts achten müssen, um diesen Sorgfaltspflichten gerecht zu werden?

Nach dieser Rechtsklärung müssen wir die Sachverhaltsaufklärung vorantreiben. Was ist im Rahmen dieses Kaufs passiert? Wer hat was gewusst? Was ist untersucht worden? Wie war die Lage im Vorstand? Was ist den Verwaltungsräten vorgetragen worden? Was war die Grundlage ihrer Entscheidung? Wir müssen somit über die reine Verwaltungsratsentscheidung hinaus den Sachverhalt ermitteln, um beurteilen zu können, ob die Verwaltungsratsmitglieder und die anderen Mitglieder der Staatsregierung, die im Untersuchungsauftrag aufgeführt sind, ihre Sorgfaltspflichten verletzt haben.

Hierzu werden wir die notwendigen Akten beiziehen. Kollege Güller hat die Akten erwähnt, die sich im Moment anbieten, beigezogen zu werden. Ich will es nicht mehr wiederholen. Wir werden Zeugen vernehmen, um den Akteninhalt weiter aufzuhellen oder um über die Akten hinaus die Sachverhaltsfeststellung zu ergänzen.

Am Ende, meine Damen und Herren, haben wir die Rechtslage geklärt, den Sachverhalt geklärt, und dann ist der Zeitpunkt gekommen, festzustellen, wer für was verantwortlich ist und ob Sorgfaltspflichten von wem zu welchem Zeitpunkt verletzt worden sind. Erst dann, meine Damen und Herren!

(Beifall bei CSU und der FDP)

Es gibt keine größere Gefahr für die Glaubwürdigkeit eines Untersuchungsausschusses in der Öffentlichkeit als Vorverurteilungen und vorzeitige Schuldzuweisungen.

(Beifall bei CSU und der FDP - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Sehr richtig!)

Dadurch würde die Glaubwürdigkeit verletzt. Bei den Menschen würden Zweifel am Aufklärungswillen entstehen. Die Menschen würden sich fragen, ob nur politische Agitation einer Seite im Vordergrund der Bemühungen steht. Dies gilt für das Ausstellen von Persilscheinen nach dem Motto, wir erklären bereits jemand für unschuldig, bevor es losgeht. Dies gilt aber genauso für Vorverurteilungen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in allererster Linie sind die Mitglieder eines Untersuchungsausschusses gefordert. Wenn der Kollege X etwas sagt und auch der Kollege Y, der nicht Mitglied des Untersuchungsausschusses ist, dann ist dieser auch nicht dazu aufgerufen, im Auftrag des Parlaments die Aufklärung vorzunehmen. Meine Damen und Herren, wenn hier aber Mitglieder des Untersuchungsausschusses Vorverurteilungen äußern, dann ist das für die Glaubwürdigkeit des Gremiums und für dessen Arbeit ausgesprochen schädlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb sind hier Zweifel am Aufklärungswillen des einen oder anderen Abgeordneten gegeben. Meine Damen und Herren, die Vertreter der Opposition haben ihre Argumente zum Auftrag des Untersuchungsausschusses mit großer Polemik vorgetragen, teilweise sogar mit Schaum vor dem Mund, wenn ich an den einen oder anderen denke. Bei den Feststellungen, die getroffen wurden, stellt sich dem Betrachter die Frage, ob es überhaupt vorstellbar ist, dass die Vertreter der Opposition mit einem Ergebnis des Untersuchungsausschusses zufrieden wären, wonach auch nur einer der im Untersuchungsauftrag genannten Personen keine Verletzung der Sorgfaltspflicht begangen hätte. Wenn man diese Reden gehört hat, dann ist das undenkbar. Sie wären damit nicht zufrieden, Sie wären vielmehr zutiefst enttäuscht, meine Damen und Herren! Das hat sich allein an Ihrer Wortwahl gezeigt, und das ist das Gegenteil von Objektivität bei einer Untersuchung!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Das zeigen auch die Pressemitteilungen, die Sie herausgegeben haben. Dort steht beispielsweise zu lesen:

Huber hat neben den anderen CSU-Politikern im Verwaltungsrat der BayernLB beim Kauf der Hypo Alpe Adria viele Warnsignale missachtet, zumal die Hypo Alpe Adria in Österreich damals schon ein Skandalfall war.

Das ist ein Zitat von Herrn Güller vom 18.01.2010 aus der Pressemitteilung der CSU-Landtagsfraktion.

(Zurufe: Der SPD-Fraktion! - Allgemeine Unruhe - Harald Güller (SPD): Es würde euch gut anstehen, die Konsequenzen daraus zu ziehen!)

- Das ist eine Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion. Wir würden so ein Zitat nie herausgeben.

(Zurufe von der SPD)

Ich zitiere aus der Pressemitteilung der GRÜNEN vom 18.01.2010:

Fahrenschon und die Regierung Seehofer haben sich selbst bereits gravierender Versäumnisse schuldig gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Warum brauchen Sie noch einen Untersuchungsausschuss, Herr Kollege Dürr, wenn Sie das mit Beifall quittieren? - Sie wissen doch schon alles.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Vorstand und Verwaltungsrat hätten mit diesem Vertragsabschluss grob fahrlässig gehandelt, so Sepp Dürr am 27.01.2010.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Herr Dürr weiß alles, bevor er die erste Akte gesehen und den ersten Zeugen vernommen hat. Es ist fraglich, weshalb wir dann noch einen Untersuchungsausschuss brauchen und uns diese Arbeit antun, meine Damen und Herren!

(Ulrike Gote (GRÜNE): Fraglich ist doch, warum Sie nichts wissen! - Harald Güller (SPD): Hier ist der Kaufvertrag!)

Wissen und Gewissen haben keine Rolle gespielt, hat Sepp Dürr heute gesagt, und auch, der Schaden sei vergrößert worden. Ihm ist also alles bekannt. Es kann Ihnen deshalb nicht um Aufklärung gehen, sondern um Spektakel. Das zeigt, was Sie heute hier angerichtet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Für die Opposition steht das Ergebnis der Untersuchung schon fest. Auch die Freien Wähler scheinen so zu denken. Ich zitiere die Pressemitteilung der Freien Wähler vom 10.12.2009:

Die Agenturmeldung zeigt im Übrigen, dass die am Dienstag erstattete Strafanzeige von Freien Wählern und SPD voll ins Schwarze getroffen hat.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Kreuzer (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, keine Zwischenfrage. Es ist nur verwunderlich, dass gegen alles und jeden ermittelt wurde, nur nicht gegen diejenigen, die Sie offensichtlich angezeigt haben, Herr Kollege Pohl, nämlich die Mitglieder des Verwaltungsrats. Das will ich nur einmal nebenbei feststellen. Wenn die SPD Anzeigen erstattet und gleichzeitig fordert, dass alle diejenigen, die angezeigt worden sind, vereidigt werden sollen, dann empfehle ich einen Blick in die Strafprozessordnung, meine Damen und Herren. Entweder so oder so - man sollte wissen, was man will. Man sollte wissen, was möglich ist und was nicht in einem Rechtsstaat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für die Opposition steht das Ergebnis der Untersuchung schon fest.

Die Reihenfolge der Zeugen, die Sie angesprochen haben, werden wir im Ausschuss besprechen. Normalerweise empfiehlt sich eine chronologische Reihenfolge: Wie ist eine Entscheidung vorbereitet worden? Wie haben die Entscheidungsträger, der Vorstand, entschieden? - Dann kommt man in der Regel zum Verwaltungsrat. Das ist ein logischer Aufbau. Wir werden uns aber im Ausschuss gerne darüber unterhalten, wie wir das machen wollen.

CSU und FDP gehen das Thema Landesbank unvoreingenommen an. Wir haben uns bemüht, Ihre Fragen in einem relativ kurzen Zeitraum zu prüfen und sie zu ergänzen. Trotz Kenntnis der Terminlage bezüglich der Einsetzung des Untersuchungsausschusses und trotz des bestehenden Prüfungsbedarfs zettelte die Opposition im Rechtsausschuss am 28.01.2010 eine billige Scheindebatte an.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie hat die Regierungsfraktion mit haltlosen Vorwürfen überzogen, man wolle das Verfahren verzögern. Die Opposition selbst hat drei Monate gebraucht, um Fragen vorzubereiten.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Entweder man hat über Weihnachten wochenlang nichts gearbeitet, jedenfalls hat man uns, um die Fragen zu prüfen, noch nicht einmal vier Wochen Zeit gegeben.

(Unruhe bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Auch das war eine der polemischen Darstellungen. Man wolle den Eindruck erwecken, die CSU und die FDP hätten keinen Aufklärungswillen und würden alles verzögern. Wir haben die Fragen aber sehr schnell geprüft, ergänzt und wir haben schon nach der Sitzung des Rechtsausschusses mit einem Schreiben von mir die Ministerien gebeten, Aktenlisten vorzulegen, damit wir die Akten möglichst schon in der nächsten Woche haben. Dann können wir die notwendigen Beiziehungsbeschlüsse machen.

(Harald Güller (SPD): Dann hat die Diskussion doch schon Erfolg gehabt!)

Dies erfolgte in Absprache mit allen Fraktionen, aber auf meinen Vorschlag hin. Das wurde von niemandem gefordert, und das ist in diesem Hohen Haus auch niemals bei einem Untersuchungsausschuss geschehen, soweit ich weiß. Wir werden also schnell an der Aufklärung arbeiten und wir werden ohne Ansehen der Person und unvoreingenommen die Vorgänge um den Kauf der HGAA durchleuchten. Wir haben ein Interesse an der Aufklärung, wir haben Interesse daran, dass der Untersuchungsausschuss Erfolg hat und dass der Vorgang anschließend transparent dargestellt werden kann.

Den Antrag von Frau Kollegin Pauli werden wir ablehnen, weil wir der Auffassung sind, dass die Mitglieder des Untersuchungsausschusses ein besonders Gremium bilden. Wer in diesem Untersuchungsausschuss mitdiskutiert, sollte am Ende auch mitentschei-

den und mit Verantwortung tragen. Es ist deshalb nicht angemessen, wenn in einem solchen Ausschuss jemand Mitglied ist, der im Zweifelsfall am Ende kein Stimmrecht hat. Wir fordern Sie auf, Frau Pauli, arbeiten Sie gerne in einem anderen Ausschuss mit - ich sehe Sie im Moment nicht -, aber ein Untersuchungsausschuss scheint nicht das geeignete Gremium.

Wir werden diesem Untersuchungsausschuss zustimmen, weil wir Aufklärung wollen. Wir werden alles dafür tun, dass diese Aufklärung objektiv erfolgt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von den GRÜNEN: Ha, ha!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Kreuzer, bitte verweilen Sie noch kurz am Rednerpult. Frau Kollegin Pauli sitzt dort vorne links. Wenn Sie noch weiter links sehen, dann sehen Sie Frau Kamm, die eine Zwischenbemerkung machen möchte.

Thomas Kreuzer (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Jetzt habe ich beide Damen gesehen.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Kreuzer, es tut mir leid, aber bei langen Passagen Ihrer Reden konnte ich nicht den Eindruck gewinnen, dass Sie ernsthaft an einer Aufklärung interessiert sind.

(Zurufe von der CSU: Haben Sie nicht zugehört?)

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass Sie lediglich daran interessiert sind, möglichst viel Zeit vergehen zu lassen. Tut mir wirklich leid. Ich würde mir wünschen, dass die CSU mit einem anderen Engagement an die Sache herangeht. Hier geht es wirklich um die Glaubwürdigkeit der Politik, nicht nur um viel Geld.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Kreuzer, bitte.

Thomas Kreuzer (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Frau Kollegin Kamm, das war keine lange Rede, also enthielt sie auch keine langen Passagen.

(Heiterkeit bei der CSU - Unruhe bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Wenn Sie mir nicht sagen, welche Passagen Sie meinen, ist es für mich schwer, darauf zu antworten. Ich sage Ihnen aber, wir werden mit Elan und mit Engagement an die Sache herangehen, auch mit dem nötigen Zeitdruck. Es wird sich noch manch einer wundern, wir wollen nämlich eine schnelle Aufklärung erreichen. Ich hoffe, dass die Opposition dann auch ihre Abgeordneten in den Ausschuss entsendet. Ich werde zwei Sitzungen pro Woche vorschlagen, damit wir schnell zu einem vernünftigen und vollständigen Ergebnis kommen. Das wird kein Untersuchungsausschuss werden, der lange tagt, und das waren schon gar keine langen Passagen, Frau Kollegin Kamm.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FDP-Fraktion darf ich nun Herrn Kollegen Karsten Klein das Wort erteilen. Bitte schön.

Karsten Klein (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kauf der HGAA im Jahr 2007 wirft eine Menge Fragen auf. Der Untersuchungsausschuss hat die Aufgabe, die Frage zu klären, ob es ein etwaiges Fehlverhalten, mögliche Versäumnisse beim Erwerb und beim Verkauf der HGAA durch die Bayerische Landesbank gegeben hat. Das ist der Untersuchungsauftrag. Ich bin dankbar, dass der Präsident diesen Untersuchungsauftrag zu Beginn der Debatte noch einmal wiederholt hat. Auch Herr Kollege Kreuzer ist auf diese Fragestellung eingegangen. Ich darf vielleicht am Anfang darauf hinweisen, dass mir diese Fragestellung bei einigen Debattenbeiträgen abhandeln gekommen zu sein scheint.

Die FDP steht für eine umfangreiche Aufklärung ohne Ansehen der Person. Wir haben bisher bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, dass wir darauf Wert legen. Die Fraktionen von SPD, Freien Wählern und GRÜNEN haben einen Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt. Wir haben die Fragen geprüft, die CSU hat die Fragen geprüft und wir haben noch eine Reihe von eigenen Fragen und ganze Fragen-

komplexe eingebracht. Ich möchte an dieser Stelle allen Fraktionen dieses Hauses ausdrücklich dafür danken, dass wir diesen Fragenkatalog in so konstruktiver Art und Weise gemeinsam verändert und dann im Rechtsausschuss entsprechend beschlossen haben.

(Beifall bei der FDP)

Wir von der FDP werden den Weg der Aufklärung ohne Ansehen der Person nicht verlassen. Wir werden solches auch bei anderen nicht unterstützen. An dieser Stelle ist es wichtig, dies explizit am Anfang, bevor wir mit der Arbeit beginnen, ins Zentrum der Diskussion zu stellen. Wir erwarten eine konstruktive Mitarbeit aller, die damals Verantwortung getragen haben. Heute sind schon viele Fakten genannt worden; es waren auch einige Vermutungen dabei. Unsere Aufgabe im Untersuchungsausschuss wird es sein, anhand dieser Fakten die Vermutungen zu überprüfen. Das bedeutet: Es sollte weder einen Persilschein noch Vorverurteilungen geben. Darum möchte ich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses an dieser Stelle bitten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, ganz kurz die Haltung der FDP zur Landesbank darzustellen. In dieser Debatte ist die Gelegenheit schon oft genutzt worden - meine Kolleginnen und Kollegen haben das bereits vor mir getan -, um einen Schwenk in die Landesbankpolitik zu machen. Ich möchte mich dem nicht verschließen. Sie wissen, dass die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag in der Periode zwischen 1990 und 1994 einen Antrag auf Privatisierung dieser Bank gestellt hat. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir der Meinung sind und waren, dass das System der Landesbank, wie es in Bayern konzipiert und gelebt wird, übrigens auch in anderen Bundesländern, nicht das richtige System für eine Bank ist, die von einem Staat gehalten wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, wir gehen nicht in den Bereich der Vorverurteilung, wenn wir an dieser Stelle bereits festhalten, dass Konstrukte einer solchen Dimension es den politisch Agierenden in Verwaltungsräten mehr als schwierig machen, den Überblick zu bewahren. Deshalb würde ich an der Stelle mehr Unterstützung von denen erbitten, die die Landesbank an dieser Stelle immer hart kritisieren, wenn es um die Privatisierung geht. Da stehen sie leider immer auf der anderen Seite. Wir werden das heute zu später Stunde noch bei dem Thema GBW erleben.

(Harald Güller (SPD): Aber 25 Seiten Kaufvertrag hätte man schon lesen können!)

Das System der Landesbank ist für uns nicht erfolgreich; es ist nicht das System, das wir wollen. Wir haben im Landesbankgesetz auch die Tür für eine Privatisierung geöffnet. Bei dieser Haltung der FDP zu diesem Thema bleibt es auch.

(Beifall bei der FDP)

Ein zweites wichtiges Thema ist das Image der Landesbank. Auch das wurde hier schon angesprochen. Wir stehen für eine Aufklärung, aber ich möchte an dieser Stelle sagen: Es kann nicht sein, dass von einigen Fraktionen in diesem Hause jeder Anlass genutzt wird, um eine neue Sau zum Thema Landesbank durchs Dorf zu treiben.

(Beifall bei der FDP - Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Wer sind denn die großen Vertuscher?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anträge nach dem Motto "Und täglich grüßt das Murmeltier", wie wir es heute Abend wieder erleben werden, sind kontraproduktiv.

(Hubert Aiwanger (FW): Sagen Sie das mal der CSU!)

Wir tragen Verantwortung für diese Landesbank, ob es uns passt oder nicht, und deshalb sollten wir ernsthafte Aufklärung betreiben.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Aber Anträge, die der Sache nicht dienlich sind, sondern nur nach Effekten haschen, sollten unterbleiben.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb stehen wir von der FDP nicht für Vorverurteilungen. Ich werde mich nicht in die Gruppe derjenigen einreihen, die mit Vorverurteilungen hantieren oder Persilscheine verteilen. Das liegt der FDP fern. Sie wissen, dass wir auch 2007 am Kauf der HGAA nicht beteiligt waren. Ich denke, beim Thema "Persilschein" ist bei einigen Personen Selbstreflexion gefordert. Sie sollten in sich gehen und ihre eigene Verantwortung überprüfen, um mit sich selbst ins Reine zu kommen. Diesen Appell kann ich nur jedem persönlich mitgeben.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Wen meinen Sie konkret?)

Im Untersuchungsausschuss haben wir zu klären, liebe Kolleginnen und Kollegen, über welche Informationen zu welchem Zeitpunkt in welcher Qualität die Verwaltungsräte verfügt haben und wie sie damit umgegangen sind. Wir müssen darauf achten, am Ende nicht eine Bewertung aus heutiger Sicht vorzunehmen, sondern aus der Sicht der damals vorhandenen Informationen und dessen, was damals möglich war. Wir müssen also im Untersuchungsausschuss in diesem Bereich eine Art Zeitreise antreten. Das wird eine große Aufgabe für alle Beteiligten sein; wir werden uns dieser Aufgabe stellen. Entscheidend wird sein, wie die Mitglieder des Verwaltungsrates das Risiko eines Kaufs der HGAA eingeschätzt haben und wie sie damit umgegangen sind. Noch einmal: Das bedeutet nicht, dass wir an irgendeiner Stelle fünf gerade sein lassen wollen. Letztendlich geht es darum, dass wir hier über Steuergelder sprechen. Der Steuerzahler muss für das Versagen der Politik in diesem Bereich einstehen. Deshalb müssen Verantwortlichkeiten geklärt werden. Dazu werden wir einen ernsthaften und harten Beitrag leisten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Denn wenn wir über das Thema Verantwortlichkeiten in Deutschland und in Bayern diskutieren, müssen diejenigen, die Verantwortung tragen, später auch dafür einstehen. Das heißt: Sie müssen sich auch selbst darüber im Klaren sein, dass sie dafür einstehen müssen. Wir haben mehrere eigene Fragenkomplexe eingebracht. Wir wollen unter anderem die Frage beleuchten, inwieweit die Äußerungen der Berater, der Wirtschaftsprüfer und der Rechtsanwälte berücksichtigt wurden, welche Empfehlungen an den Vorstand und an den Verwaltungsrat gegeben wurden, welche Unterlagen zur Verfügung standen, wie mit diesen Unterlagen umgegangen wurde. Ich denke, das ist ein wichtiger Beitrag zur Versachlichung und zum Faktenreichtum in dieser Diskussion.

Ein weiterer wichtiger Aspekt scheint mir in dem Verfahren auch die kurze zur Verfügung stehende Frist, der Zeitdruck zu sein. Hier muss mehr Licht in das Handeln der Personen gebracht werden. Letztendlich wird es auch darum gehen, wie man mit dem Jahresabschluss 2006 umgegangen ist.

Der zweite Komplex, den wir eingebracht haben, befasst sich mit der Frage, wie die nationalen und internationalen Bankaufsichtsbehörden in diesen Prozess eingebunden waren und welche Aufgabe sie da gehabt haben. Wie haben sie eingegriffen, welche Stellungnahmen haben sie abgegeben? Wie sind diese Stellungnahmen diskutiert worden? Welchen Einfluss haben diese Stellungnahmen auf die Entscheidungen der Verwaltungsräte gehabt? - Das ist ein wichtiger Bestandteil. Denn wir müssen ja nicht so tun, als seien alle Entscheidungen in einem stillen Kämmerchen gefallen, sondern man war natürlich auch Informationen aus diesen Gremien unterworfen.

(Beifall bei der FDP)

Letztendlich gilt es, die äußeren Umstände des Kaufs der HGAA zu beleuchten. Welche persönlichen Verbindungen gab es? Hatten solche Verbindungen irgendwelchen Einfluss? Welche Rolle spielt die Investorengruppe Tilo Berlin? Auch das wurde hier schon gesagt. Diesen Fragen wollen wir uns nicht verschließen. Wir wollen sie geklärt wissen und wollen diesen Bereich beleuchten.

Letztendlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird von zentraler Bedeutung sein, dass wir feststellen, wie die Beteiligten mit der Einschätzung des Risikos beim Kauf der HGAA und auch bei deren Verkauf umgegangen sind. Wir werden eine umfassende Aufklärung ohne Ansehen der Person vorantreiben und unterstützen. Denn letztendlich und schließlich geht es darum, dass wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik, das verloren gegangen ist, über die Aufklärungsarbeit in diesem Untersuchungsausschuss zurückgewinnen. Deshalb werden wir der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zustimmen. Wir werden konstruktiv mitarbeiten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege.

(Abgeordneter Bernhard Pohl (FW) meldet sich zu einer Zwischenbemerkung)

- Das war jetzt in letzter Sekunde. Soll das noch eine Zwischenbemerkung werden? - Entschuldigung, Herr Kollege Pohl, die Anmeldung zu einer Zwischenbemerkung ist bei mir nicht angekommen. Aber das lässt sich korrigieren. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Okay, das war ein Übermittlungsfehler.

Herr Kollege Klein, Sie haben die Aufklärung angesprochen und haben sie in das Spannungsfeld einer angeblichen Schädigung der BayernLB gestellt. Dazu möchte ich bemerken: Aufklären kann man nicht hinter verschlossenen Türen. Wir leben nicht in einem Geheimstaat mit Securitate. Aufklären muss man öffentlich. Dazu müssen Fakten und Wahrheiten auf den Tisch. Kollege Klein, wenn Sie die Aufklärung genauso ernst nehmen, wie wir das tun - Sie haben keine Veranlassung, etwas unter den Tisch zu kehren, weil Sie zu dem fraglichen Zeitpunkt keiner Regierung angehört haben -, dann, meine ich, muss man Aufklärung ohne Punkt und Komma und ohne Restriktionen betreiben, damit die ganze Wahrheit auf den Tisch kommt und damit man tatsächlich die Verantwortlichen und die Verantwortlichkeiten demaskiert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Karsten Klein (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Vielen Dank für die Zusammenfassung meines Vortrags.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Güller, ich habe nicht vernommen, dass Sie einen Antrag gestellt hätten, der Untersuchungsausschuss solle nicht öffentlich tagen. Ich habe auch von den Kollegen Kreuzer und Dürr keinen entsprechenden Antrag gesehen. Es gibt keinen Antrag; auch von uns nicht. Ich denke nicht, Herr Kollege Pohl, dass Sie einen stellen. Der Untersuchungsausschuss wird öffentlich tagen und seine Aufklärungsarbeit und die Befragung öffentlich durchführen. Es besteht kein Anlass zu befürchten, wir würden das im stillen Kämmerchen machen. Worauf ich hingewiesen habe, Herr Kollege Pohl, ist, dass Sie der Forderung auf eine sachkundige Klärung der Vorwürfe im Untersuchungsausschuss Raum geben, anstatt jede Woche irgendeine Sau durchs Dorf zu treiben, wobei Sie am Ende noch gar nicht wissen, was herauskommt.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich darf nun der fraktionslosen Abgeordneten, Frau Dr. Gabriele Pauli das Wort erteilen.

Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um ein Stück Bewältigung der jüngsten bayerischen Geschichte, vielleicht auch der Geschichte einer Partei, die sich durch Verfilzung und Verstrickung auszeichnet. Es ist klar, dass einige Angst haben, es könnte die volle Wahrheit ans Licht kommen. Aber um wirklich einen Schlussstrich unter Machenschaften, hinter denen keiner stehen kann, zu ziehen, ist es wichtig, genau diese Wahrheit aufzudecken. Keiner muss sich davor fürchten. Wenn man ein ehrliches Gewissen hat, muss man sich nicht fürchten. Wenn ich als fraktionslose Abgeordnete den

Antrag stelle, an diesem Ausschuss mitwirken zu dürfen, braucht man sich nicht davor zu scheuen, mich mitarbeiten zu lassen.

Die Steuerzahler Bayerns haben ein Anrecht darauf, genau zu erfahren, warum 3,7 Milliarden Euro als Folge des Ankaufs der HGAA in den Sand gesetzt worden sind. Sie haben ein Anrecht zu erfahren, warum im Freistaat im letzten Jahr 8 Milliarden Euro Schulden gemacht worden sind; das ist eine nie zuvor erreichte Rekordhöhe. Sie haben ein Anrecht zu erfahren, warum wir von allen Bundesländern die höchste Kreditaufnahme machen mussten. Der Grund liegt nicht darin, dass wir Geld in unser Bildungssystem oder den Straßenbau investiert hätten oder für die Kommunen mehr Geld übrig hätten. Das Geld ist verpufft. Deshalb ist es wichtig aufzuklären. Natürlich ist es auch nicht damit getan, dass jetzt, wie man vor Kurzem gelesen hat, die Landesbank eine Eigenuntersuchung durchführt. Es sind viele Anstrengungen, die jetzt auf die Reihe gebracht werden. Wenn die Mitarbeiter der Landesbank nun selbst, extern unterstützt, ermitteln, dann ist auch das nicht unbedingt glaubwürdig. Letztendlich kann man davon ausgehen, dass alle wichtigen Akten nicht mehr vorhanden sind. Diese Situation hat auch bestanden, als Investitionen in US-Immobilien erfolgt sind. Man hat sehr lange gebraucht, bis endlich Staatsanwälte arbeiten konnten. Auch in diesem Falle wird es so sein. Man lässt sich mit allem beachtlich viel Zeit.

Manches ist sehr dubios. Das gilt beispielsweise für die Investorengruppe um Tilo Berlin. Es sind verschiedene Fragen zu klären. Dies betrifft die Frage, warum man die Anteile, die die Investorengruppe um Tilo Berlin aufgekauft hat, nicht durch die Landesbank selbst in Österreich gekauft hat. Warum hat es dieser Investorengruppe bedurft, die 25 % der HGAA gekauft hat, um sie dann überteuert an die Landesbank weiterzuverkaufen? Ein dubioses Geschäft, bei dem einzelne Investoren, die eingestiegen sind, enorm profitiert haben. Wie wir lesen, sind 150 Millionen Euro Gewinn gemacht worden, wovon Private profitiert haben. Es heißt, es hätten einzelne Familien in Deutschland und in Österreich etwas davon.

Wir wissen aber auch, dass an diesem Deal auch Politiker beteiligt waren. Sie haben persönlich davon profitiert. Wir wissen, dass in den Medien in Österreich diskutiert wird, ein Ex-Finanzminister aus Österreich, Herr Grasser, habe über diesen Fonds auch gewonnen, indem er 500.000 Euro investiert und dann 250.000 Euro als Gewinn erlöst habe. Wir wissen, dass vermutet wird, BZÖ und ÖVP hätten von diesem Geschäft profitiert. Die Frage stellt sich nun, inwieweit auch Politiker aus der Bundesrepublik in diesen Investmentfonds investiert haben, um anschließend Gewinn abzuschöpfen.

Sie haben eine doppelte Verantwortung, einmal als Mitglied im Verwaltungsrat der Landesbank, in dem entschieden worden ist. Und zum anderen stellt sich die Frage, inwieweit man an Entscheidungen nicht nur politisch beteiligt war, sondern auch in persönlicher Weise profitiert hat. Wenn das der Fall sein sollte, dann wird die Glaubwürdigkeit in unser gesamtes politisches System enorm erschüttert werden. Die Verdachtsmomente sind nicht von der Hand zu weisen. Wir wissen, dass in dem Fall des Ex-Finanzministers die Spuren in die Schweiz gehen und das Geld auf Schweizer Konten deponiert worden ist. Vor diesem Hintergrund wird einem die jüngste Diskussion in Bezug auf die Steuerhinterziehung bewusst. Inwieweit haben einzelne Politiker in der Bundesrepublik den Bankkriminellen zugestimmt und ihnen Geld gegeben? Dies geschah vielleicht nicht nur, um Daten zu kaufen, sondern vielleicht auch, um bestimmte Daten nicht zu kaufen.

Die Verstrickung zwischen politischer Entscheidung und persönlicher Beteiligung aufzuklären ist wichtig. Damit soll keine Vorverurteilung vorgenommen werden, aber es muss die Frage erlaubt sein, was einzelne dazu beigetragen haben, die im Verwaltungsrat sitzen. Wenn wir hinsichtlich der Steuerhinterziehung in unserem Staat die Möglichkeit eröffnet haben, sich zu Fehlern zu bekennen, dann sollte dies auch für den politischen Bereich gelten.

Ich fordere diejenigen auf, die die Verantwortung für ihr Handeln wirklich tragen wollen, etwas zu tun, was wir vielen Bürgern gewährt haben, nämlich sich selbst anzuzeigen und die Selbstanzeige durchzuführen. Die Politiker - Herr Pohl hat es eben völlig zu

Recht erwähnt -, die die Verantwortung dafür tragen, sollten sich auch dazu bekennen, denn 3,7 Milliarden Euro sind nicht einfach verschwunden, ohne dass jemand politische Verantwortung dafür trägt. Es geht darum, dass diejenigen, die sich jetzt offen dazu bekennen sollten, eine Fehlentscheidung getroffen zu haben, nicht nur so tun, als seien sie falsch informiert worden, sondern dass sie dem gerecht werden und das auch klar und deutlich sagen.

Es geht aber nicht darum, sie in irgendeiner Weise zu bestrafen. Wir haben letztendlich nichts davon, wenn wir darin stecken bleiben. Wir wollen Verantwortlichkeit und wir wollen auch eine persönliche Haftung. Es stehen Anzeigen im Raum, das ist total in Ordnung.

Letztendlich ist aber auch das System, wie Verwaltungsräte konstruiert sind und wie eine Verantwortlichkeit in Verwaltungsratssitzungen wahrzunehmen ist, unter die Lupe zu nehmen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, unter die Lupe nehmen sollten Sie auch Ihre Redezeit.

Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos): Habe ich noch Redezeit?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nein, Sie haben Ihre Redezeit bereits um eine Minute überzogen.

Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos): Abschließend möchte ich mit einem Satz meinen Antrag kurz begründen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nein, die Gelegenheit hatten Sie bereits, Frau Kollegin.

Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos): Rechtlich steht dem nichts entgegen, dass ich im Untersuchungsausschuss mitwirke. Es ist allein Ihre politische Willensentscheidung.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Aures von der SPD-Fraktion. Im Allgemeinen darf ich Sie darum bitten, die Gespräche zu reduzieren oder sie außerhalb des Plenarsaales zu verlegen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den heutigen historischen Tag ein weiteres Mal zusammenfassen. Ich glaube, in der Geschichte des Freistaats Bayern ist das, was wir heute auf den Weg bringen, einmalig.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind gewählte Landtagsabgeordnete. Damit sind wir die gewählten Vertreter der bayerischen Bevölkerung, der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Wir sind die Vertreter des Volkes. Deswegen wollen wir Aufklärung betreiben. Herr Kollege Kreuzer, damit haben wir schon früher begonnen. Zwar behaupten Sie, dass erst jetzt die Stunde Null sei, jedoch werden wir die Anfänge der Geschäfte analysieren. Wie ist der Kauf zustande gekommen? Die Ereignisse bis zum heutigen Tage werden wir gemeinsam auf den Prüfstand stellen.

Ich möchte erneut darauf aufmerksam machen, dass bei der HGAA ein Volksvermögen in Höhe von 3,75 Milliarden Euro verschleudert worden ist. Das werden wir untersuchen. Die Ereignisse werden wir im Sinne aller bayerischen Bürgerinnen und Bürger aufklären. Das ist wichtig und richtig.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die bayerische Bevölkerung hat ein Recht, zu erfahren, wer die Verantwortlichen im Verwaltungsrat und im Vorstand waren. Wenn sich herausstellen sollte, dass fahrlässig gehandelt worden ist, müssen sich die Betroffenen ihrer Verantwortung stellen. Die Fehler werden sicherlich aufgedeckt werden. Wir sollten gemeinsam dafür sorgen, dass die Öffentlichkeit aufgeklärt wird. Niemand wird sich gegen die Teilnahme der Öffentlichkeit an unseren Sitzungen aussprechen. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wird sicherlich viel Zeit in Anspruch nehmen. Jedoch werden

wir im Sinne der Wahrheit und der Klarheit alle Geschäfte aufdecken. Ich bin sicher, dass Wahrheit und Klarheit am Ende siegen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Untersuchungsausschuss wird nicht die Funktion eines Tribunals ausüben, da alle Verantwortlichen bereits ausgemacht worden sind. Wir starten unvoreingenommen. Wir wollen erfahren, wer das Häkchen gemacht und die Unterschrift gesetzt hat. Wenn wir zusammenhalten und es sich nicht nur um Lippenbekenntnisse der Staatsregierung handelt, hoffe ich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger auf eine rasche, sachlich fundierte und eine klare Aufklärung.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Bayerische Staatsregierung darf ich Frau Staatsministerin Dr. Beate Merk ans Rednerpult bitten.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Ich werde mich ganz kurz fassen. Herr Pohl, Sie haben in Ihrer Rede Fakten und Wahrheiten gefordert. Aus diesem Grund möchte ich deutlich darauf hinweisen, dass die Staatsanwaltschaft ausreichend besetzt ist.

(Bernhard Pohl (FW): Jetzt schon!)

Die Staatsanwaltschaft war zu jedem Zeitpunkt dieses Verfahrens ausreichend besetzt, um umfassend und zügig zu arbeiten. Das möchte ich klipp und klar sagen. Die Besetzung der Staatsanwaltschaft wird durch einen engen Kontakt mit dem Generalstaatsanwalt sichergestellt. Zu keinem Zeitpunkt war die Staatsanwaltschaft unterbesetzt. Eine ausreichende Besetzung der Staatsanwaltschaft ist bereits in anderen Verfahren immer wieder dokumentiert worden. Die Arbeit der Staatsanwaltschaft zur Aufklärung des Siemens-Verfahrens zeichnete sich durch Effizienz und Kompetenz aus. Wir sprechen uns dafür aus, dass dieses Verfahren umfassend, effizient und zügig geführt wird. Dies alles haben wir durch die entsprechende Ausstattung der Staatsanwaltschaft sichergestellt.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Dr. Dürr von den GRÜNEN hat sich für eine Minute Redezeit zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, das Landesbank-Debakel wirft viele Fragen auf. Wir kennen bereits viele Fakten. Deswegen habe ich eine begründete Hypothese. Ich bin nicht unvoreingenommen. Ich habe mir bereits eine Meinung gebildet. Jetzt besteht zu Recht eine Beweislastumkehr. Die Verantwortlichen müssen darlegen, dass sie nicht pflichtwidrig gehandelt haben. Sie hätten bereits Monate dafür Zeit gehabt, uns dies zu beweisen und uns zu überzeugen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da dies nicht geschehen ist, halte ich an meinen begründeten Vorwürfen fest. Ich werde meine Vorwürfe weiterhin gegen sie erheben, bis sie mich vom Gegenteil überzeugt haben. Sie sagen, wir hätten noch keine Akten gesehen. Den Vertrag haben Sie jedoch schon gesehen. Herr Kollege Kreuzer, wer diesen Vertrag unterschrieben und gebilligt hat, der hat grob fahrlässig gehandelt. Das ist sicher, Herr Kollege Kreuzer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über den vom federführenden Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Gabriele Pauli auf Drucksache 16/3248 abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Frau Abgeordnete Dr. Gabriele Pauli. Gegenstimmen? - Danke schön. Enthaltung? - Mir wurde eben mitgeteilt, dass ich einige Stimmen übersehen habe. Ich rufe erneut die Zustimmungen auf. - Das sind Frau Abgeordnete Dr. Gabriele Pauli und einige Stimmen bei den Freien Wählern. Trotzdem ist der Antrag abgelehnt.

(Unruhe - Zurufe)

Was ist das Problem? Ich habe nur das wiedergegeben, was ich gesehen habe. Das Votum ist klar.

Abzustimmen ist auch über den nachträglich eingereichten Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Gabriele Pauli auf Drucksache 16/3719. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Frau Abgeordnete Dr. Gabriele Pauli und die Fraktion der Freien Wähler. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

Den Einsetzungsantrag auf Drucksache 16/3168 empfiehlt der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz neu zu fassen. Insofern verweise ich auf die Drucksache 16/3640. Wer dieser Neufassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die fünf Fraktionen des Hauses. Gegenstimmen? Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen. Der Untersuchungsauftrag ist so beschlossen.

Nach dem soeben gefassten Beschluss besteht der Untersuchungsausschuss aus insgesamt neun Mitgliedern. Die CSU-Fraktion hat das Vorschlagsrecht für vier Mitglieder, die SPD-Fraktion für zwei Mitglieder und die Fraktionen der Freien Wähler, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der FDP für jeweils ein Mitglied. Für jedes Mitglied ist von den jeweils vorschlagsberechtigten Fraktionen ein stellvertretendes Mitglied zu benennen. Hinsichtlich der von den Fraktionen als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder vorgeschlagenen Kolleginnen und Kollegen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Ich gehe davon aus, dass über die vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder gemeinsam abgestimmt werden soll. - Ich kann keinen Widerspruch vernehmen. Ich lasse so abstimmen. Wer mit der Entsendung der in der ausgelegten Übersicht genannten Kolleginnen und Kollegen in den Untersuchungsausschuss einverstanden

ist, bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe? Enthaltungen? - Dann ist dies einstimmig so beschlossen.

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags bestellt die Vollversammlung den Vorsitzenden sowie die stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses. Vorsitzender und Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Fraktionen angehören. Das Vorschlagsrecht für den Vorsitzenden steht nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags der CSU-Fraktion zu. Als Vorsitzenden hat die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Thomas Kreuzer vorgeschlagen. Als dessen Stellvertreter wurde von der SPD-Fraktion Herr Kollege Harald Güller benannt. Ich gehe davon aus, dass wir über diese beiden Vorschläge gemeinsam abstimmen. - Ich kann keinen Widerspruch erkennen. Wer der Benennung zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe? Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Mitteilung

Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Untersuchungsausschuss zur Prüfung etwaigen Fehlverhaltens und möglicher Versäumnisse von Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern der Staatregierung in Zusammenhang mit dem Erwerb und dem Verkauf der Hypo Group Alpe Adria durch die Bayerische Landesbank

Die Fraktionen haben als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Untersuchungsausschusses folgende Mitglieder des Landtags benannt:

Mitglieder:

stellvertretende Mitglieder:

CSU

Thomas Kreuzer

Hans Herold

Gertraud Goderbauer

Andreas Lorenz

Dr. Florian Herrmann

Tobias Reiß

Prof. Dr. Winfried Bausback

Oliver Jörg

SPD

Harald Güller

Franz Schindler

Inge Aures

Horst Arnold

FW

Bernhard Pohl

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Sepp Dürr

Eike Hallitzky

FDP

Karsten Klein

Dr. Andreas Fischer